

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Kommission präsentiert die europäische Säule sozialer Rechte](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Innenausschuss fordert leichteren Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen](#) 3
- [Parlament schließt multinationale Steuerlücken](#) 3
- [Abgeordnete fordern Neubewertung der EU-Türkei-Beziehungen](#) 4
- [Textilimporte: Abgeordnete drängen auf EU-Regeln gegen Ausbeutung von Arbeitern](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Sichere Gasversorgung durch engere Zusammenarbeit und mehr Solidarität](#) 5
- [Europäischer Rat beschließt Leitlinien für die Brexit-Verhandlungen](#) 5

Europäische Kommission

- [Kommission fordert Österreich auf, für Binnenmarktkompatibilität des Mindestlohngesetzes zu sorgen](#) 6
- [Connecting Europe: EU fördert alternative Energien im Verkehr](#) 6
- [Besserer Zugang für Bürgerinnen und Bürger zu nationalen Gerichten in Umweltangelegenheiten](#) 7
- [Kommission will Umsetzung von Vogelschutz- und Fauna Flora Habitat-Richtlinien verbessern](#) 7

Sonstiges

- [Asyl und Migration: "Hotspot-Konzept" der EU funktioniert, aber weiterer Handlungsbedarf nötig](#) 8
- [Atlas zur kommunalen Wasserwirtschaft in Europa – eine umfassende Übersicht über die Wasserbewirtschaftung in Städten](#) 8
- [Zustimmung zur Europäischen Union steigt wieder deutlich: In Österreich um 5%-Punkte](#) 9

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 10

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 11

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 12

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 12

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Kommission präsentiert die europäische Säule sozialer Rechte

Am 26. April 2017 nahm die Europäische Kommission ihren Vorschlag für die europäische Säule sozialer Rechte an. Mit der Säule werden 20 zentrale Grundsätze und Rechte zur Unterstützung gut funktionierender und fairer Arbeitsmärkte und Sozialsysteme festgelegt.



Die in der Säule festgeschriebenen Grundsätze und Rechte sind in drei Kategorien unterteilt: Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen sowie Sozialschutz und soziale Inklusion. Der Schwerpunkt wird auf die Bewältigung neuer Entwicklungen in der Arbeitswelt und der Gesellschaft generell gelegt. Damit sollen die Ziele Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt

erreicht werden. Umgesetzt werden soll die europäische Säule sozialer Rechte durch verschiedene legislative sowie nichtlegislative Initiativen im Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (für Eltern und pflegende Angehörige), Unterrichtung von ArbeitnehmerInnen, Zugang zu Sozialschutz und Arbeitszeit.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Innenausschuss fordert leichteren Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen

Asylsuchende in der EU sollten spätestens zwei Monate, statt derzeit neun Monate, nach Stellung ihres Antrages auf Asyl Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, so die Abgeordneten des Innenausschusses des Parlaments in ihrer Sitzung vergangene Woche.

Die Mitgliedstaaten sollen jedoch die Möglichkeit haben, aus Gründen der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit, zuerst zu prüfen, ob eine freie Stelle durch eine/n ihrer Staatsangehörigen, eine/n andere/n EU-BürgerIn oder eine/n Drittstaatsangehörige(n) mit rechtmäßiger Arbeitserlaubnis besetzt werden könnte und diesem/-r einen Vorrang einräumen. Um die Integrationsperspektiven und Selbstversorgung von Asylsuchenden in der EU zu verbessern, sollen die AntragstellerInnen des Weiteren ab dem Zeitpunkt ihrer Antragsstellung Zugang zu Sprachkursen erhalten, sagen die

Abgeordneten. Durch diesen Änderungsvorschlag der Richtlinie über die Aufnahmebedingungen für Asylsuchende wollen die Abgeordneten sicherstellen, dass alle Mitgliedsstaaten gleich hohe Aufnahmebedingungen einhalten. Diese sollen zu einer menschenwürdigeren Behandlung und einer gerechteren Verteilung der AntragstellerInnen in der gesamten Union beitragen. Die Vorschläge müssen zunächst vom Parlament als Ganzes angenommen werden, bevor die Gespräche mit dem Rat und der Kommission beginnen können.

[Mehr Informationen](#)

Parlament schließt multinationale Steuerlücken

Einige multinationalen Unternehmen der Welt hatten bislang die Unterschiede zwischen den Steuerregelungen der EU und jenen von Drittländern („Steuerlücken“) ausgenutzt, um ihre Steuerbelastung zu senken.

Diese Steuerlücken wurden vergangenen Donnerstag, den 27. April 2017 vom Parlament in einer Abstimmung geschlossen. Die Abgeordneten haben dazu die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken geändert, um derartige Umgehungen künftig zu verhindern. „Diese Vorgehensweisen werden häufig von den größten Unternehmen angewendet, mit dem alleinigen Zweck der Verringerung der Unternehmensbesteuerung. Wir haben es sowohl im Apple-Fall als auch im McDonald-Fall gesehen. Es ist an der Zeit, dass diese

Unternehmen ihren fairen Anteil an den Steuern bezahlen“, sagte Berichterstatterin Olle Ludvigsson. Werden diese Änderungsanträge von den EU-MinisterInnen angenommen, so werden beispielsweise Gesellschaften, die in zwei Rechtssphären niedergelassen sind (innerhalb und außerhalb der EU), nicht mehr in der Lage sein, dieselben Ausgaben in beiden Rechtsordnungen von der Steuer abzusetzen. Der Bericht geht nun an den Rat zur Prüfung und endgültigen Genehmigung.

[Mehr Informationen](#)



Abgeordnete fordern Neubewertung der EU-Türkei-Beziehungen

Die Tür zu Europa steht für die Türkei weiter offen, doch die jüngsten Entwicklungen im Land veranlassen die EU, Alternativen zu einem Beitritt zu erwägen, so die Abgeordneten in einer Debatte mit Erweiterungskommissar Johannes Hahn vergangene Woche.

Zur Eröffnung der Debatte drängte der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, die Türkei dazu, die Grundrechte zu achten, die das Fundament Europas darstellen. Er unterstrich, dass Europa kein islamfeindlicher Kontinent sei und die Tür für die Bevölkerung in der Türkei nicht zuschlage. Viele Abgeordnete äußerten sich besorgt darüber, wie das Referendum in der Türkei ausgeführt wurde. Sie bezeichneten es als unfair und hoben hervor, es sei an der Zeit, die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei neu zu bewerten und ein neues Kapitel zu öffnen. Einige Abgeordnete konnten sich nicht vorstellen, dass die Türkei jemals ein volles EU-Mitglied

wird, während andere sagten, es sei ausreichend, die Beitrittsverhandlungen auszusetzen, und der Türkei die Möglichkeit zu geben, ihren derzeitigen Kurs zu ändern. Eine erweiterte Zollunion, mehr Handel, StudentInnen-Austausch und Zusammenarbeit bei Sicherheit und Migration waren einige der Elemente, die von den Abgeordneten als neuer Weg nach vorne vorgestellt wurden. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments wird mit der Debatte über die jährliche Entschließung zu den Fortschritten der Türkei am 2. Mai beginnen.

[Mehr Informationen](#)

Textilimporte: Abgeordnete drängen auf EU-Regeln gegen Ausbeutung von Arbeitern

Textil- und Bekleidungsunternehmen sollen EU-weit verpflichtet werden, Arbeitnehmerrechte zu achten, so die Abgeordneten in einer am 27. April 2017 verabschiedeten Entschließung.

TextilarbeiterInnen auf der ganzen Welt leiden unter langen Arbeitszeiten, niedrigen Löhnen, Ungewissheit, Gewalt und gefährlichen Arbeitsbedingungen. Diese Praktiken schaden auch der EU-Industrie, da sie zu Sozialdumping führen, so die Abgeordneten in einer nicht bindenden Entschließung. Die Abgeordneten schlagen daher unter anderem vor, die EU sollte einen Gesetzesvorschlag für ein verpflichtendes System verbindlicher Sorgfaltspflichten auf Grundlage der OECD-Richtlinien vorlegen. Des Weiteren fordern sie, dass die EU

sicherstellen sollte, dass Textil exportierende Länder mit bevorzugtem Zugang zum EU-Markt den Verpflichtungen nachkommen und nachhaltige Textilien produzieren. Währenddessen sollten sich die Mitgliedstaaten in ihren Beziehungen zu Partnerländern für die Rechte der ArbeitnehmerInnen einsetzen. Als weitere Maßnahme wird ein Gütezeichen für Kleidung gefordert, wodurch die gesellschaftlichen Auswirkungen der Produktion an der Kleidung sichtbar zu machen sind.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Sichere Gasversorgung durch engere Zusammenarbeit und mehr Solidarität

Der Rat und das Europäische Parlament haben sich vergangene Woche auf Basis eines Vorschlages der Europäischen Kommission auf eine neue Verordnung zur Gasversorgungssicherheit geeinigt.

Diese Einigung muss noch von den Ständigen Vertretern der Mitgliedstaaten (AStV) bestätigt werden. Der Vorschlag schreibt erstmals fest, dass die Mitgliedstaaten nach einem Solidaritätsprinzip verpflichtet sind, ihre Nachbarländer im Fall einer Versorgungskrise zu unterstützen. Die neuen Bestimmungen sehen dafür gemeinsame, regional koordinierte Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten zur Sicherung der Gasversorgung vor. Die Folgen einer Unterbrechung der Gaslieferungen sollen so weit wie möglich begrenzt werden, indem die

Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und somit der Energiebinnenmarkt gestärkt wird. Zudem müssen Erdgasunternehmen künftig langfristige, für die Versorgungssicherheit relevante Verträge melden. Das sind Verträge, die mehr als 28 % des jährlichen Gasverbrauchs des jeweiligen Mitgliedstaates umfassen. Die vorgeschlagene Verordnung sowie der Beschluss über zwischenstaatliche Abkommen stellen die wichtigsten Bausteine der Strategie für die Energieunion dar.

[Mehr Information](#)

Europäischer Rat beschließt Leitlinien für die Brexit-Verhandlungen

Der Europäische Rat hat bei einem Sondertreffen am Samstag, den 29. April 2017 die Leitlinien für die Brexit-Verhandlungen beschlossen.

Diese Leitlinien bilden den Rahmen für die Verhandlungen gemäß Artikel 50 EUV und enthalten die allgemeinen Standpunkte und Grundsätze, von denen sich die EU während der Verhandlungen leiten lassen wird. R a t s p r ä s i d e n t T u s k u n d Kommissionspräsident Juncker verwiesen nach dem Treffen auf die herausragende Einigkeit der Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten. Juncker machte deutlich, dass die EU gut vorbereitet in die Verhandlungen gehe. „Ich habe den Eindruck, dass unsere

britischen Freunde – natürlich nicht alle –, die technischen Schwierigkeiten unterschätzen, mit denen wir zu tun haben“, sagte Juncker. Allein an die Frage der Rechte der Millionen vom Brexit betroffenen Bürger seien 25 Einzelfragen geknüpft. Diese zu klären werde Zeit brauchen, sofern die Briten den bereits ausformulierten Vorschlag der EU nicht einfach übernehmen – „wovon ich auch nicht ausgehe“, sagte Juncker.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Kommission fordert Österreich auf, für Binnenmarktkompatibilität des Mindestlohngesetzes zu sorgen

Die Europäische Kommission hat am 27. April 2017 gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit der Anwendung des österreichischen Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes (LSD-BG) auf den Kraftverkehrssektor eingeleitet.

Dieses Gesetz legt Mindestlöhne für ArbeitnehmerInnen fest, die aus dem EWR-Raum sowie aus Drittstaaten zur Dienstleistung nach Österreich entsendet oder überlassen werden. Nationale Mindestlöhne werden von der Kommission zwar grundsätzlich unterstützt. In diesem Fall ist sie jedoch der Ansicht, dass diese Praxis den EU-Binnenmarkt stark beschränkt. Sie begründet dies damit, dass durch die Anwendung des österreichischen Gesetzes auf alle grenzüberschreitenden Verkehrsleistungen, bei denen auf österreichischem Gebiet eine Be- oder Entladung stattfindet, der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr in unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt

wird. Nach Ansicht der Kommission lässt sich die Anwendung der österreichischen Vorschriften auf grenzüberschreitende Beförderungsleistungen insbesondere dann nicht rechtfertigen, wenn diese keinen hinreichenden Bezug zum österreichischen Hoheitsgebiet aufweisen. Es werden dadurch lediglich unangemessene Verwaltungshürden geschaffen, die ein Funktionieren des Binnenmarkts behindern. Nach Meinung der Kommission gibt es geeignetere Maßnahmen, die zum Schutz der Beschäftigten und zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs ergriffen werden können und die gleichzeitig einen freien Waren- und Dienstleistungsverkehr ermöglichen.

[Mehr Informationen](#)

Connecting Europe: EU fördert alternative Energien im Verkehr

Die EU-Staaten haben vergangene Woche dem Vorschlag der Europäischen Kommission zugestimmt, im Rahmen des „Connecting Europe“-Programms 22,1 Mio. Euro in ausgewählte Projekte zu investieren.

Es werden dabei sieben Projekte unterstützt, die für nachhaltige Infrastruktur und Synergien zwischen den Bereichen Verkehr und Energie sorgen sollen. Darunter ist auch ein deutsch-österreichisches Projekt für Batteriespeichersysteme. „Der europäische Verkehr hängt noch immer zu 94 Prozent vom Öl ab, um seinen Energiebedarf zu decken.

Die EU investiert deshalb in sieben Projekte, um den Einsatz alternativer Energiequellen zu beschleunigen. Der Fokus liegt dabei auf Elektromobilität und multimodalen Verkehrssystemen“, erklärte EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc.

[Mehr Informationen](#)



Besserer Zugang für Bürgerinnen und Bürger zu nationalen Gerichten in Umweltangelegenheiten

Die Europäische Kommission möchte Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zur Justiz in Umweltfragen erleichtern.

Sie hat dafür am 28. April 2017 Leitlinien veröffentlicht, die ausführen, wie Personen oder Verbände Entscheidungen öffentlicher Behörden, die das EU-Umweltrecht betreffen, vor nationalen Gerichten anfechten können. Die Leitlinien sollen sowohl den nationalen Verwaltungen Hinweise auf mögliche bestehende Defizite in ihren Rechtssystemen geben und insgesamt für mehr Klarheit sorgen, welche Rechte und Verpflichtungen das EU-Recht in Umweltfragen vorsieht. Karmenu Vella, EU-Kommissar für Umwelt, Meerespolitik und Fischerei, sagte: „Umweltrechtsvorschriften dienen dem Schutz der Menschen und ihrer Gesundheit. Wenn die Behörden die aus diesen

Vorschriften erwachsenden Rechte und Pflichten missachten, können sie von der Öffentlichkeit zur Verantwortung gezogen werden. Der neue Leitfaden ist ein wichtiger Schritt, der die Bürger und Bürgerinnen in die Lage versetzt, in Angelegenheiten wie Luft- und Wasserqualität oder Abfallbewirtschaftung selbst die Initiative zu ergreifen. Indem die Bürger und Bürgerinnen die nationalen Gerichte mit Umweltangelegenheiten befassen, können sie dazu beitragen, dass das Umweltrecht in der gesamten EU korrekt angewendet wird.“

[Mehr Informationen](#)

Kommission will Umsetzung von Vogelschutz- und Fauna Flora Habitat-Richtlinien verbessern

Zur Verbesserung der beiden Richtlinien hat die Kommission am 27. April 2017 einen Aktionsplan angenommen, der Regionen helfen soll, die Biodiversität zu schützen und wirtschaftlich vom

Mit 15 konkreten Maßnahmen, die bis zum Jahr 2019 durchzuführen sind, konzentrierte man sich auf vier Schwerpunktbereiche: Zum einen geht es um die Verbesserung von Leitlinien und Wissen sowie der Vereinbarkeit mit allgemeineren sozioökonomischen Zielen. Zum anderen soll mehr politische Eigenverantwortung übernommen und die Rechteinhaltung verbessert werden. Des

Weiteren sollen Investitionen in Natura-2000-Projekte weiter gefördert und die Verwendung der EU-Fördermittel verbessert werden. Als vierter Punkt wurde im Aktionsplan die bessere Kommunikation sowie Sensibilisierung und Einbindung von BürgerInnen, InteressenträgerInnen und Regionen genannt.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Asyl und Migration: "Hotspot-Konzept" der EU funktioniert, aber weiterer Handlungsbedarf nötig

Das sogenannte "Hotspot-Konzept" der EU für in Italien und Griechenland ankommende irreguläre MigrantInnen hat dazu beigetragen, die Registrierung, Identitätsprüfung und Sicherheitsüberprüfung von MigrantInnen deutlich zu verbessern, so der Europäische Rechnungshof.

Grenzkontrollen und die Bearbeitung von Asylanträgen fallen in erster Linie in die Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten. Die Europäische Kommission führte das Hotspot-Konzept ein, um Griechenland und Italien dabei zu helfen, den plötzlich drastischen Anstieg von Migration zu bewältigen. Die Einrichtung der Hotspots nahm zwar mehr Zeit in Anspruch als geplant, sie trugen jedoch dazu bei, die Kapazität der beiden Länder hinsichtlich der Aufnahme von MigrantInnen

zu erhöhen, die Registrierungsverfahren zu verbessern und die Koordinierung zwischen den verschiedenen beteiligten Agenturen zu stärken. Nach dem jüngsten Bericht des Europäischen Rechnungshofes waren die Aufnahmeeinrichtungen in beiden Ländern trotz beträchtlicher Unterstützung seitens der EU allerdings nicht geeignet, um die ankommenden MigrantInnen angemessen in Empfang zu nehmen oder unterzubringen.

[Mehr Informationen](#)

Atlas zur kommunalen Wasserwirtschaft in Europa – eine umfassende Übersicht über die Wasserbewirtschaftung in Städten

Ein Atlas zur kommunalen Wasserwirtschaft in Europa wurde vergangene Woche von der Kommission vorgestellt und ist eines der Ergebnisse des BlueSCities-Projekts, das im Rahmen von „Horizont 2020“, dem EU-Programm für Forschung und Innovation, finanziert wird.

In diesem Atlas – dem ersten seiner Art – wird dargestellt, wie die verschiedenen Methoden der Wasserbewirtschaftung sowie andere Faktoren wie Abfallbewirtschaftung, Klimawandel und sogar unsere Nahrungsmittelpräferenzen die langfristige Nachhaltigkeit der Wassernutzung in unseren Städten beeinflussen. Er illustriert die Rolle des Wassers in den europäischen Städten und informiert die Bürgerinnen und Bürger sowie die lokalen Behörden und Sachverständigen über bewährte Verfahren und innovative Entwicklungen, die zu einer schonenderen

und nachhaltigeren Nutzung von Wasser beitragen können. Überdies zielt er darauf ab, die traditionelle Wahrnehmung von Wasser als kostenloser und unerschöpflicher Ressource aufzubrechen und ihre Erhaltung zu fördern. In detaillierten Informationsblättern stellt der Atlas zur kommunalen Wasserwirtschaft in Europa den Stand der Wasserbewirtschaftung in mehr als 40 europäischen Städten und Regionen vor und liefert zudem eine Reihe von überseeischen Beispielen.

[Mehr Informationen](#)



Zustimmung zur Europäischen Union steigt wieder deutlich: In Österreich um 5%-Punkte

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist für eine steigende Anzahl an Europäerinnen und Europäern (57 %) eine gute Sache.

In vielen Handlungsfeldern sei sogar „mehr Europa“ nötig, finden sieben von zehn EuropäerInnen, die bei der „Europabarometer Spezial“-Umfrage befragt wurden. Das entspricht dem „Vorkrisen-Niveau“. Über zwei Drittel der EU-BürgerInnen wollen gemeinsame europäische Antworten auf globale Herausforderungen, wie Terrorismus, Arbeitslosigkeit, Steuerhinterziehung oder Umweltschutz. 72 % der befragten ÖsterreicherInnen befanden, dass die österreichische EU-Mitgliedschaft eine gute Sache sei oder standen ihr neutral gegenüber. Gegenüber der Befragung 2016 stieg die

Zustimmung immerhin um 5 Prozentpunkte. Besonders bei der Terrorismusbekämpfung, dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit, beim Schutz der Umwelt und beim Schutz der Außengrenzen wünscht sich eine überwältigende Mehrheit der ÖsterreicherInnen mehr gemeinsame Maßnahmen auf europäischer Ebene. Dieser „Eurobarometer Spezial“ des Europäischen Parlaments wurde vom 18. März bis 27. März 2017 in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union von Kantar Public durchgeführt.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen \(FEAD\)](#)

Justiz und Grundrechte, Beschäftigung und Soziales
3 Februar 2017 - 5 Mai 2017

[European Parliament and European Commission cooperation in communication in EU countries](#)

Kultur und Medien
1 Februar 2017 - 8 Mai 2017

[Public consultation on the operations of the European Supervisory Authorities](#)

Finanzdienstleistungen, Bank- und Finanzwesen
21 März 2017 - 16 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Empfehlung zu Schlüsselkompetenzen 2017](#)

Allgemeine und berufliche Bildung
22. Februar 2017 – 19. Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln](#)

Grenzen und Sicherheit, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung
1. März 2017 – 24. Mai 2017

[Konsultation zur Bewertung der Verordnung 258/2012 über die Regelung und Genehmigung der Aus-, Ein- und Durchfuhr von Feuerwaffen sowie deren Teilen und Komponenten](#)

Binnenmarkt, Grenzen und Sicherheit, Zoll, Handel
1 März 2017 - 24 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zu einer möglichen EU-Initiative zu den Fahrgastrechten im multimodalen Verkehr](#)

Verkehr
23 Februar 2017 - 25 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern \(Whistleblower\)“](#)

Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern
3 März 2017 - 29 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer](#)

Steuern
2 März 2017 - 31 Mai 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Umwelt			
Klima, Ressourceneffizienz, Rohmaterialien, Entkarbonisierung, Effiziente Wassernutzung, kulturelles Erbe, Kreislaufwirtschaft	GREENING THE ECONOMY*	07/03/2017 - 05/09/2017	€ 234.000.000
Bio-Produkt, Biomasse, Biokraftstoffe, Umweltauswirkung, Märkte, Nachhaltigkeit, ökologische Qualitätszeichen, Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft	BIO-BASED INNOVATION FOR SUSTAINABLE GOODS AND SERVICES - SUPPORTING THE DEVELOPMENT OF A EUROPEAN BIOECONOMY*	14/02/2017 - 13/09/2017	€ 26.470.000
Emission, Luftqualität, Diesel, Benzin	HORIZON PRIZE - ENGINE RETROFIT FOR CLEAN AIR*	12.09.2017	€ 1.500.000
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachträglichkeit	Materials for clean air	23.01.2018	€ 3.000.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE	20.08.2019	€ 3.500.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Katharina Deutschmann

Abbildungsverzeichnis

https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/styles/header_image_breakpoints_theme_europa_mobile_2x/public/p034250001901-911195.jpg?itok=-e8vj13q

http://www.dguv.de/medien/inhalt/internationales/bilder/marginalspalte/eu-saeule_text_mit_bild_medium_706x.jpg